

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Kassen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreise monatl. (bei Haus 2,30 M., Halbmonatl. 1,25 M.) durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden - A / Geschäftsstelle u. Expedition: Oberbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfach: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft: Schriftleitung: Dresden - A, Oberbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Druckverlag: Arbeiterstimme Dresden / Druckstunden der Redaktion: Mittwoch 16 - 18 Uhr, Sonnabende 13 - 14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal getheilte Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden - A, Oberbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang Dresden, Freitag den 25. Januar 1929 Nummer 21

Sozialdemokratische Koalitionsbemühungen

Der reaktionäre Etat der Reichsregierung / Die zweite Rate für den Panzerkreuzer A

Festsetzungen der Regierung zum Steuerraub

Das Berliner Tageblatt veröffentlicht in seiner gestrigen Abendausgabe eine Anzahl Einzelheiten aus dem Reichsetat für 1929. Der Etat soll in den nächsten Tagen den Abgeordneten vorgelegt werden. Die Gesamtausgaben und Einnahmen sind mit 9,9 Milliarden Mark balanciert. Der Haushalt des Reichstages umfasst 8 574 750 Mark, für die Vorarbeiten zum Erweiterungsbau des Reichstages sind 450 000 Mark eingestellt. Die Gesamtkosten des Neubaus sollen 2 420 000 Mark betragen. Für die Vertretung der Reichsregierung in München werden 60 000 Mark angefordert. Im Haushalt des Auswärtigen Amtes sind wieder 6 Millionen Mark als Gehaltsausgaben angefordert, die nichts anderes als einen Spießsends darstellen.

Für die Durchführung des Schund- und Schmuggegesetzes, für die Aufrechterhaltung der drei Prüfstellen in Berlin, München und Leipzig werden 112 400 Mark angefordert, das sind rund 9000 Mark mehr als im Vorjahre. Der Etat für Reichswehr und Reichsmarine sieht einen Gesamtbedarf von 703 878 290 Mark vor und ist um 22 Millionen Mark geringer als im Vorjahre. Im Etat ist die Errichtung von 5 neuen Kasernen vorgesehen. Für den Panzerkreuzer A ist im Etat die zweite Rate von 9,8 Millionen Mark angefordert. Weiter werden angefordert im Etat des Reichsverkehrsministeriums für die Zwecke der Luftschiffahrt 43 486 500 Mark. Diese Summe ist ebenfalls als Ausgabe für verschleierte Kriegsrüstungen zu betrachten, daß tatsächlich eine Erhöhung und nicht eine Herabsetzung der Kriegsrüstungsausgaben eintritt.

Zur reaktionären Beeinflussung werden ganz selbstverständlich große Beträge ausgegeben. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften erhält 2 426 000 Mark. Ganz selbstverständlich gibt es auch wieder Preiszuschüsse für die Industriellen. Zur Zinsverbilligung für den Außenhandel werden 500 000 Mark eingesetzt, die aber nur einen Teilbetrag einer Gesamtsumme von 2 256 000 Mark darstellen. Diese wenigen Zahlen charakterisieren, daß dieser Etat das Gesicht der herrschenden Klasse trägt. Es ist bekannt, daß die Balancierung dieses Etats nur dadurch möglich ist, daß man schon eine große Summe einstuft, die man durch neue Steuern eintreiben will. Diese Steuern, die der sozialdemokratische Finanzminister Hülferding für die Durchführung der imperialistischen Politik anfordert, sollen von den wertlosen Massen aufgebracht werden.

Die Sozialdemokraten wissen, daß diese Etatforderungen die Ernüchterung der arbeitenden Massen auslösen. Sie unternehmen deswegen eine Aktion, den Bürgerlichen

eine entschlossene Hilfsleistung zu leisten, und fordern eine Festigung der Regierungskoalition im Reich. Der Sozialdemokratische Pressedienst bringt eine Veröffentlichung zu dieser Frage, in der die grundsätzliche Bereitschaft der Sozialdemokraten zur koalitionsmäßigen Bindung unterstrichen und in der gleichzeitig angedeutet wird, daß man Ersparnis- und Steuerpläne gemeinsam ausarbeiten müsse, da es sonst zu einer Krise komme. Der Sozialdemokratische Pressedienst schreibt:

„Es ist selbstverständlich, daß die bisherige Form des Regierens, die sogenannte lockere Bindung, ihre Grenzen hat, und es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß wir uns einem kritischen Moment nähern. Er liegt in der Notwendigkeit, den Etat zu verabschieden und für das Defizit eine Deckung zu finden. Daraus ergibt sich für das Reichskabinett die Notwendigkeit, jetzt mit den leitenden Stellen der einzelnen Regierungen Fühlung zu nehmen. Mit diesen Unterhandlungen ist denn auch bereits am Mittwoch begonnen worden. Sicherlich werden Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Deutsche Volkspartei die Frage nach ihrer grundsätzlichen Bereitschaft zur koalitionsmäßigen Bindung mit einem Ja beantworten. Nicht ganz gewiß ist es, ob alle auch gewillt sind, auf eine neue Disziplin zu verzichten. Aber damit sind die Schwierigkeiten noch nicht beseitigt. Sie liegen jetzt ebenso auf dem Gebiet der zahlenmäßigen Vertretung der einzelnen Fraktionen im Kabinett. Mit diesen Schwierigkeiten aber ist es noch nicht genug. Die Volkspartei hält an dem Anspruch auf Hingabe der neuen Regierung fest. Auf die Dauer werden die Parteien mit ihren Wünschen und Forderungen zu dem Kompromissvorschlag des Kabinetts nicht zurückweichen. Sie werden jede ihre eigenen Ersparnis- und Steuerpläne der Öffentlichkeit unterbreiten. Das wird die Verzerrung auf die Spitze treiben. Das wäre dann die Krise, und die, die es

angeht, sollen wohl überlegen, ob auf diesem Wege gegangen werden soll und wie sie sich die Beendigung dieser Krise denken.“

Die Sozialdemokraten sind bereit, den Steuerangriff der Imperialisten im vollsten Umfange zu unterstützen. Die Arbeiterschaft muß auf diese neuen verbrecherischen Pläne mit dem stärksten Protesturteil antworten, sie muß der neuen Ausplünderung ihren Kampf um die Verbesserung ihrer Lebenslage entgegenstellen.

Severing kämpft für die Große Koalition

Berlin, 24. Januar. (Eig. Drahtmeldung.)

Im neuesten Heft der Sozialistischen Monatshefte greift der sozialdemokratische Reichsinnenminister Severing in die Debatte über die Fortsetzung einer Regierung der Großen Koalition ein. An sich habe sich die heute amtierende Regierung durch die Zusammenarbeit im Kabinett bereits fast genug erwiesen, um auch innen- und außenpolitischen Streitpunkten gegenüber handhalten zu können und die preukische Regierung dies ein Musterbeispiel dafür, wie sich eine Regierung trotz unruhiger Weltlage durchsetzen könne. Im Reich lägen die Dinge doch anders. Eine Koalition, in der alle Parteien der Regierung gegenüber freie Hand behalten sollen, ist keine Koalition, und eine Regierung, die ihre Befehle nicht mit fester Hand durchbringen kann, sondern stets auf gutes Glück bei den Regierungsvereinigungen hoffen muß, kann zwar in einem oder anderen Falle dieses gute Glück haben, ist aber keine Koalitionsregierung und wird sich auf die Dauer ebenso in ihrer Initiative gehemmt sehen, wie der einzelne Minister, der sich scheut und scheuen muß, allseitig Zurechnungen durch das Parlament zu erfahren. Darum, schließt Severing, ist die Forderung, die Große Koalition zu schaffen, nichts anders als die Forderung, einen Zustand zu befestigen, der, je länger er andauert, um so härter die (ohnehin nicht geringen) Gefahren vermehrt, die in der Verfaulung unseres politischen Lebens liegen.

Der Haushaltplan des sächsischen Bürgerblods

Von R. Kerner

Die sächsische Bürgerblodregierung hat dem Landtag den Haushaltplan für das Jahr 1929 vorgelegt. Gegenüber dem Haushaltplan vom Vorjahr zeigen sich in dem diesjährigen keine wesentlichen Veränderungen in Aufbau und Gestaltung. Der Haushaltplan ist das Spiegelbild des reaktionären Kurses der Regierung. Dieser Kurs geht auf Verhärtung des reaktionären Machtapparates bei immer härterem Zurückdrängen der sozialen Ausgaben. Nur dort, wo man nach außen hin noch einen Schein von Kultur zu wahren gedenkt, stützt man sich in

einige Untkosten. Dabei ergibt sich, daß Kosten für die Durchführung der Massen, für die Unterdrückung der proletarischen Schichten nach wie vor Ausgaben für die sozialen Zwecke bedeuten übersteigen. Der diesjährige Haushaltplan zeigt eine Gesamtsumme von 416 819 780 RM und eine Gesamtausgabe von 425 819 780 RM, so daß ein Fehlbetrag von 19 500 000 RM entsteht. Zu diesem Fehlbetrag muß man aber noch hinzurechnen die ungedeckten Ausgaben des außerordentlichen Haushaltplanes, der in diesem Jahre mit 60 418 860 RM abschließt und damit den vorjährigen außerordentlichen Etat um rund 8 000 000 RM übersteigt. Dieses hohe Defizit ergibt sich, obgleich die Einnahmen aus Steuern in diesem Jahre 8 255 500 Reichsmark mehr betragen als im vorigen Jahre.

Einen wesentlichen Posten erhöht Einnahmen zeigt auch die Institution, die immer noch auf jene spekuliert, die durch zufällige Glücksfälle besondere Gewinne erzielen wollen, meistens aber ihre schwer verdienten Pfennige opfern, die Lotterielotterie. Sie schließt mit einem erhöhten Einnahmehetrag von 1 618 700 RM ab.

Aus den Posten, der Domänenverwaltung, dem Esterbad und der sächsischen Staatsbahn sind erhöhte Einnahmen erzielt; ebenso aus den staatlichen Kraftwagenlinien und den Landwirtschaftsbetrieben. Um die Landwirtschaftsbetriebe vor vor einiger Zeit eine große Disziplin in Presse und Landtag. Die Regierung hatte schon die Pläne zum Verkauf der landwirtschaftlichen Betriebe zu ihrer Ausführung als Staatsbetriebe vorbereitet. Die Begründung war, daß diese Betriebe Defizitbetriebe seien. Im Staatshaushaltplan stehen nun die Betriebe mit einer Einnahme von 20 000 RM mehr als im Vorjahre, d. h. mit einem Uberschuß. Nach den vor einiger Zeit veröffentlichten Mitteilungen sind die Uberschußbetriebe aber bedeutend höher.

Für den Unterdrückungsapparat werden 179 Millionen ausgegeben!

Die höchsten Ausgaben sind neben den Gehältern und sonstigen Personalausgaben die Ausgaben für den Unterdrückungsapparat. Für Gerichte, Staatsanwaltschaften und Gefängnisse werden 49 072 500 RM ausgegeben, gegenüber dem Vorjahr 506 500 RM mehr. Für die Polizei beträgt die Ausgabe 47 888 560 RM. Für die Erziehungsanstalten, die man auch zu den Mitteln des staatlichen Unterdrückungsapparates zu rechnen hat, belaufen sich die Ausgaben auf 83 500 190 RM. Die Gesamtausgaben für Berufs- und Volkshochschulen betragen 95 989 280 RM. Bei diesem Etatposten hat man die Kombination zweier Maßnahmen. Erstens die Vermittlung eines solchen Teils notwendiger Bildung an die Kinder des Proletariats, um sie als billige, jedoch brauchbare Arbeitskräfte zu erziehen, gleichzeitig aber ist hiermit verbunden die Er-

Unternehmerangriff auf die Werftarbeiter

Das Ergebnis des Verrats

Kiel, 25. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Direktion der Deutschen Werke in Kiel diktierte den im Betrieb beschäftigten Schweißern eine willkürliche Lohnherabsetzung der Affordräge. Daraufhin trat die Fröuh, sowohl als auch die Spätschicht geschlossen in den Streik.

Dieser fröhe Unternehmerangriff ist das Ergebnis der Verfallpolitik und Niederlagenstrategie der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie bei der letzten Werftarbeiterbewegung. Der Abbruch des Streiks, die Unterwerfung unter das Schlichtungsgericht, die Niederknüppelung der kampfbereiten Werftarbeiter durch die Polizeitruppen des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten und die organisierte Streikbrecherbande des Reichsbanners zeitigen hier ihre Früchte. So muß sich die Haltung der Reformisten auswirken. Sie ist eine Hilfsleistung für weitere Vorstöße des Unternehmertums. Der Gegenangriff der Werftarbeiter zeigt, daß diese nicht gewillt sind, sich der Unternehmerwillkür zu beugen. Dieser neue Kampf zwischen Arbeiter und Unternehmer auf den deutschen Werften zeigt aber noch deutlicher die Minderwertigkeit der kommunistischen Taktik in den Wirtschaftskämpfen. Nur wenn die Arbeiterschaft unter Führung der Kommunistischen Partei, unter der Bildung eigener Kampfleitungen ihre Kämpfe gegen das Unternehmertum trotz der Abwärtstaktik der Reformisten weiterführt, wird sie in der Lage sein, die Kämpfe erfolgreich zu beenden. Dieser neue Kampf zeigt aber auch den Wert des Geschlechts der rechten Liquidatoren gegen die Komplettionen und die kommunistische Streikstrategie und kennzeichnet daselbst als eine Streikbrechermaßnahme allerhöchster Art.

Gegenwehr der Arbeiter in der Berliner Metallindustrie

Die Direktion des Stahl- und Walzwerkes Hennigsdorf der AGW stellte an die Lohnkommission der Belegschaft des Betriebs

das Vorschreiben in eine Affordpreisreduzierung der Abstellung Scheinbeschträge, die bis zu 30 Prozent ausmachen würde, einzuwilligen. Die Lohnkommission lehnte diese Forderung einmütig ab. Als die Verhandlungen gescheitert waren, erklärten die Vertreter der Direktion, daß ab Montag dem 21. Januar rückwirkend die neuen Affordpreise berechnet werden, falls die Lohnkommission auf ihrer Weigerung beharrt. Zu dieser unglaublichen Provoaktion nahmen die betroffenen Kollegen sofort Stellung und verteilten am Mittwochvormittag gegen 11 Uhr die Betriebe. Am Donnerstagmorgen fand eine allgemeine Belegschaftsversammlung statt. Nach dem dort gegebenen Bericht kreisten 308 Kollegen und weitere 200 Kollegen aus anderen Abteilungen sind bereits ausgesperrt. Die Bewegung hat die Sanction des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Die Polizei als Mittel der Unternehmer

Gera, 25. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Auf Drängen der Teppichweberei-Unternehmer von München-Bernsdorf entsandte die Kreisdirektion Gera am Mittwochmorgen zwei kastantos Landespolizei, welche die Stadtengänge besetzten. Streikbrecher wurden von der Polizei zu ihren Hausen entfernt. Bergschleifern gebracht und gestern früh wieder abgeholt. Dieser Vorgang wiederholte sich gestern nachmittags. Die Polizei benahm sich mit jener der aufgeregten Gendarmerie überheblich provokierend. Sie jagte ohne jeden Grund die Passanten von den Bürgersteigen und nahm wahllos Verhaftungen vor. Der Arbeiterschaft hat sich eine große Erregung bemächtigt. Je ein kommunistisches und sozialdemokratisches Mitglied der Streikleitung begaben sich gestern früh nach dem Landtag in Weimar, um Protest gegen diese Provoaktion einzulegen. Auch der nichtsozialdemokratische Bürgermeister von München-Bernsdorf erhob Einspruch gegen die Anwesenheit der Landespolizei.

Umgeb.

st!

Wettlich

ock

Um zahl-

Bezug-